



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Anfertigungsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beträg 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 218. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 10. Mai 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Brüssel, 9. Mai, Vormittags. Der „Moniteur belge“ enthält das amtliche Bulletin über das Befinden des Königs. Nach demselben ist eine bemerkenswerthe Veränderung nicht eingetreten, doch habe der König eine weniger schlechte Nacht gehabt.

Gestern Abend ist die Erzherzogin Charlotte hier angelangt. Paris, 9. Mai, Morgens. Nach dem neuesten Bankausweis hat sich der Baarvorrath um 2 1/2 Millionen Francs vermehrt, das Portefeuille um 74 1/2 Millionen vermindert.

Nach der gestrigen „Patrie“ wird Lavalette am nächsten Dinstag nach Rom zurückreisen. Aus Madrid wird gemeldet, daß der Herzog von Brabant nach Brüssel abgereist ist.

Naqusa, 9. Mai. Am 6. d. fand am Scutari-See ein blutiges Gefecht statt, in welchem die Montenegriner 700, die Türken 600 Mann verloren. Die Montenegriner haben sich gegen Nikšić gewendet.

Triest, 8. Mai. Ihre kaiserl. Hoheiten Erzherzog Ferdinand Max und Erzherzogin Charlotte sind gestern nach Brüssel abgereist. (S. die Depesche aus Brüssel.)

Konstantinopel, 3. Mai. Mustapha Pascha, General-Gouverneur von Ascupia, wurde an Stelle Abdi Paschas zum Commandanten der in Larissa und Umgebung stationirten Truppen ernannt. Ein Adjutant des Großveziers ist nach Albanien abgegangen. Nach Smyrna ist ein Dampfer geschickt worden, um von dort Rediß, welche zur Verstärkung des Armeekorps in der Herzegowina bestimmt sind, abzuholen.

Das Armeecorps in der Herzegowina wird in zwei Corps unter Derwisch Pascha und Abdi Pascha unter dem Oberbefehle Dmer Paschas getheilt.

Es heißt, der Sultan werde seinen Sohn dem Prinzen von Wales entgegenführen. Die Porte beschloß den Bau von Panzerschiffen. Die türkischen Würdenträger nicht muslimanischer Confession erhalten in Zukunft militärische Ehrenbezeichnungen. Das „Journal de Constantinople“ meldet die bevorstehende Reise des Sultans nach Syrien und Egypten; der Levant Herald glaubt, dieselbe werde sich bloß bis Smyrna erstrecken. Abdi Pascha, Militär-Commandant von Janina, wurde zum Militär- und Civil-Commandanten von Scutari ernannt. Einige nauplianer Flüchtlinge sind hier angekommen. Achmed Pascha wurde zum Militär-Commandanten von Janina ernannt.

Athen, 3. Mai. Der Gemeinderath von Nauplia hat alle während der Rebellion gefaßten Beschlüsse als ungiltig erklärt; die dortigen Bewohner wollen dem General Hahn einen Ehrenfahnen überreichen.

Smyrna, 2. Mai. Die hiesige griechische Colonie ernannte eine Commission zur Unterstützung der nauplianer Flüchtlinge.

Preußen.

Berlin, 9. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Haupt-Steueramts-Assistenten Albitius zu Frankfurt a. O. den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem praktischen Arzt r. Dr. Mundt zu Duisburg den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Der Frau Gräfin Caroline Stillfried, gebornen Gräfin Metrich, die Erlaubnis zur Anlegung des ihr verliehenen Ordens vom Hospitale des heiligen Johannes zu Jerusalem zu ertheilen. (St. A.)

Berlin, 9. Mai. [Vom Hofe.] Se. Maj. der König empfangen heute die Vorträge des Kriegsministers, des Vorsitzenden des Staats-Ministeriums, Prinzen Hohenlohe, des interimistischen Polizeipräsidenten, Geheimen Regierungsrathes v. Winter, so wie den Gutsbesitzer v. Puttammer, den Gesandten in Turin, Graf Brasser de St. Simon, und den Intendanten der königlichen Schauspiele, v. Hülsen. — Ihre königl. Hoh. die Frau Prinzessin Karl hat sich heute Morgen zu einem Besuche bei Ihrer Durchlaucht der Frau Herzogin von Sagan nach Sagan begeben, und wird, dem Vernehmen nach, bald nach der Rückkehr von dort, welche morgen Abend oder am Sonntage erfolgen wird, nach Schloß Oleniöcke übersiedeln.

Δ Berlin, 9. Mai. [Die in der heutigen Morgennummer erwähnte Erklärung], welche der königl. Bundestagsgesandte bei der Berathung über die Behandlung der Vorstellung der kasseler Wähler in der gestrigen Bundestags-Sitzung zu Protokoll gegeben hat, lautet wie folgt:

Bei der Amstrage erklärte der königlich preussische Gesandte, daß er sich zu dem Vorschlag veranlaßt gesehen habe, die Eingabe nicht erst an die Reclamations-Commission, sondern sogleich an den kurhessischen Ausschuss zu verweisen, indem er zur Begründung dieses Vorschlages Folgendes bemerkte:

Der Charakter des Wahlauschreibens der kurfürstlichen Regierung vom 3. d. M. erscheine in Verbindung mit dem demselben vorhergegangenen Wahlerlasse vom 26. v. M. sowohl in staatsrechtlicher, als politischer Beziehung von höchst zweifelhafter und bedenklicher Art. Diese Maßregeln seien ganz geeignet, schwere, in diesem Augenblicke nicht näher zu erörternde politische Folgen nach sich zu ziehen. Zudem constituire die Gile, mit welcher die kurfürstliche Regierung auf diesem Fundamente die Wahlen betreibt, ein periculum in mora und für Rechtsverhältnisse, an denen die königlich preussische Regierung ihr Interesse lebhaft bethätige, ein Präjudiz. Endlich involvire der Wahl-Erlass und die auf denselben gegründete Action einen Mangel an Rücksicht gegenüber dem Antrage, welchen die königliche Regierung im Verein mit der kaiserlich österreichischen in der Bundestags-Sitzung vom 8. März d. J. gestellt hat. Aus diesen Motiven erscheine der Vorschlag einer ausnahmsweise beschleunigten Geschäftsbehandlung geboten, und habe der Gesandte nicht verabsäumen dürfen, dies wenigstens zu Protokoll zu konstatiren. Trotz dieser Erklärung des preussischen Gesandten — was der österreichische dabei gethan oder gesagt, erfahren wir nicht — wurde die Eingabe der kasseler Bürger doch auf den längeren Weg an die Reclamations-Commission gewiesen. Kann uns Jemand aus der ganzen Geschichte des deutschen Bundestages einen, auch nur einen Fall nachweisen, in welchem diese treffliche Versammlung irgend einer begrenzten Forderung irgend eines deutschen Volkstammes gerecht geworden wäre? Preisaufgabe.

Berlin, 9. Mai. [Der greifswalder Protest.] Nachträglich wird nunmehr auch der Protest der Universität zu Greifswald gegen den Wahlerlass des Kultusministers bekannt. Derselbe lautet nach der „Volksgtg.“:

„Ew. Excellenz versehen wir nicht ehebrechtlich anzuzeigen, daß wir dem an uns ergangenen Befehl gemäß, den Erlass des Herrn Ministers des Innern vom 22. und Ew. Excellenz hohe Verfügung vom 26. v. M., betreffend die bevorstehenden Wahlen zum Hause der Abgeordneten, unter den Mitgliebern des Lehrkörpers hiesiger Universität in Umlauf gesetzt haben.

Wir fühlen uns aber verpflichtet, die akademischen Collegien, welche wir zu vertreten haben, und die Mitglieder derselben, — welcher politischen Richtung sie auch angehören mögen — gegen jenen Erlass zu vermahnen. Es wurde sich mit unserer Berufspflicht, die Wahrheit zu erforschen, zu lehren

und zu bekennen, und die Wahrhaftigkeit zu üben, nicht vertragen, wenn wir uns durch äußere Einflüsse bestimmen lassen, unsere Ueberzeugung zu verleugnen oder derselben nicht zu folgen. Der erwähnte Erlass gestattet zudem verschiedene Auslegung und Ausdehnung, wie dies auch schon thatsächlich in sehr unerfreulicher Weise bestätigt ist.

Ew. Excellenz werden daher gewärtigen müssen, daß demselben kein Einfluß auf unsere Wahlfreiheit gestattet werden wird.“

** Berlin, 9. Mai. [Reduction der Armee. — Die Maischsteuer. — Schwarz. — Keine Detroyierung. — Grundsteuer.] Man sagte am Schlusse der Börse, daß die preussische Armee um 60,000 Mann reducirt werden sollte, daher zuletzt die bessere Stimmung. — Das Projekt des Herrn Finanzministers, die Maischsteuer zu erhöhen, hat dem Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, Herrn Grafen von Jenzpliz, Veranlassung zu Ermittlungen über die neuerdings verschiedentlich erwähnten, ungewöhnlich hohen Brennerei-Erträge gegeben. Namentlich ist in landwirthschaftlichen Zeitschriften angeführt worden, daß hier und da 11 Procent Spiritus aus Kartoffeln gezogen werden konnten. Wie die „B.-u.-S.-Z.“ vernimmt, hat der Herr Minister die landwirthschaftlichen Vereine durch eine Circularverfügung veranlaßt, festzustellen, ob eine so hohe Spiritusausbeute in der That in längerem Durchschnitt zu erzielen sei und darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn bei den in öffentlichen Blättern ausgesprochenen Behauptungen ein Irrthum oder eine Selbsttäuschung obwalten sollte, daraus bei einer etwaigen Modification der Maischsteuer ein erheblicher, und wie leicht einzusehen, bedenklicher Einfluß hervorgehen müßte. — Der frühere Ober-Staatsanwalt beim Kammergericht, Schwarz, ist, wie wir hören, zum Appellationsgerichtsrath in Marienwerder ernannt worden. — Die „Kreuz.“ schreibt: „Angesichts des am 19. d. M. zu eröffnenden Landtages sind alle Gerichte von Detroyierungen selbstverständlich, um uns euphemistisch auszudrücken, tendenziöse Erfindungen. Aber auch dem Landtage beabsichtigt die Regierung keinerlei Entwürfe vorzulegen, welche die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, die Presse und das Vereinswesen betreffen. — Die Central-Commission für die Grundsteuer-Regelung war gestern unter Vorsitz des Finanzministers v. d. Heydt zum erstenmale hier versammelt. Nach der Sitzung dirirten die Mitglieder bei dem Minister.“

Berlin, 8. Mai. [Preßprozeß.] In der Nr. 30 der am 5. Februar d. J. erscheinenden „Berliner Reform“, einer der gesinnungsvollsten und bestredigsten demokratischen berliner Zeitungen, war ein Artikel enthalten, in welchem eine Interpellation des Abgeordneten Diesterweg an den Kultus-Minister von Bethmann-Hollweg im Betreff der bekannten Stiehlischen Schul-Regulative besprochen wurde. Im Verlaufe dieser Besprechung hatte der Verfasser unter Anderem die Bemerkung einfließen lassen, daß jene Regulative zum Spott und Hohn des Volkes geworden wären. In dieser Ausdrucksweise hat die Staatsanwaltschaft einen Verstoß gegen den § 101 des Strafgesetzbuches gefunden, indem sie von der Ansicht ausgeht, daß die besagten Regulative eine Einrichtung des Staates resp. Anordnung der Obrigkeit seien, welche nach jenem Paragraphen nicht in einer Weise besprochen werden dürfe, die geeignet wäre, sie dem Haße oder der Verachtung auszuweisen. Da es nicht gelungen ist, den Verfasser des Artikels zu ermitteln, so ist gegen den verantwortlichen Redakteur der „Reform“, E. Meppen, die Anklage aus § 37 des Preßgesetzes erhoben worden. Der Angeklagte ließ sich in der Erwiderung auf diese Anklage in derselben eben so geistreichen als praktisch sachlichen Weise aus, welche alle seine politischen Artikel charakterisirt. Er wies darauf hin, daß das Urtheil selbst der Sachmänner über die Schul-Regulative ein der Behauptung in dem incriminirten Artikel genau entsprechendes sei, und entwickelte die Meinung, daß die Regulative als eine „provisorische Verordnung“ gar nicht in die Kategorie der durch den § 101 des Strafgesetzbuches geschützten „Staatseinrichtungen“ und „obrigkeitlichen Anordnungen“ zu rechnen seien. Das Gericht war in letzter Beziehung ganz entgegengekehrter Meinung, erklärte den Angeklagten schuldig und verurtheilte ihn zu 10 Thalern Geldbuße. (Ber. Ztg.)

Elbing, 9. Mai. [Die Klage gegen Herrn v. Kampff.] Wie die „Pr. Litt. Z.“ erfährt, ist von Hrn. Rechtsanwält Jakob im Namen der Herren v. Forderbeck, v. Hoyerbeck und Phillips die vervollständigte Anklage gegen den Ober-Regierungsrath Hrn. v. Kampff dem hiesigen königl. Stadtgerichte eingereicht. Das Gericht hat in dieser Sache einen Termin zum 13. d. M. angesetzt und zu diesem Hrn. v. Kampff vorgeladen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 8. Mai. [Rückzug Preußens in der kurhessischen Frage.] Die „B. Allg. Ztg.“ brachte vor einigen Wochen eine Correspondenz aus Kassel, die als eigentlichen Inhalt des preussisch-österreichischen Vermittlungs-Antrages und der kurhessischen Frage vollkommen klar und correct die Preisgebung des Wahlgesetzes von 1849 bezeichnete und sich dabei auf eine noch unveröffentlichte preussische Erläuterungs-Depesche berief. Seltsamerweise erschien Tags darauf in derselben Zeitung eine anscheinend aus offiziöser Quelle geflossene, sophistisch gewundene Widerlegung, welche die gravirtesten Punkte jener Correspondenz ignorirte, einiges Unwesentlichere dagegen in einer Fassung ableugnete, die offenbar die ganze Erläuterungs-Depesche in ein unbefimmtes Dunkel hüllen sollte. Ich bin in der Lage, Ihnen in dieser Sache genauere und zuverlässigere Mittheilungen zu machen.

Das fragliche Aktenstück ist eine Circular-Depesche des Grafen Bernstorff an die bei den deutschen Höfen accreditirten preussischen Gesandten und vom 7. März datirt. Es heißt darin wörtlich:

„Er (der preussisch-österreichische Vermittlungs-Antrag) überläßt ihr (der Regierung des Kurfürsten), die Einleitungen zu treffen, und fordert dabei nur die Berücksichtigung verbürgter Ansprüche, deren Berechtigung von keiner Seite geleugnet wird. Diesen Ansprüchen ist in dem Wahlgesetz von 1831 vollständig genügt; es ist dies nicht der Fall mit dem Wahlgesetz von 1849. Wir haben unsererseits bereits in unserm Votum vom 17. März 1860 an die Möglichkeit erinnert, diesen Mangel durch ein, im Einverständniß der Regierung und des Landes erfolgtes Zurückgehen auf das ältere Wahlgesetz abzuhelfen. Aber wir sind der Ansicht gewesen — und die k. österr. Regierung hat uns darin beigestimmt — daß es nicht unsere Aufgabe sei, speziell den Weg zu bezeichnen, auf welchem jenem Mangel abgeholfen werden solle, sondern daß es genüge, auf die vorhandenen Rechtsansprüche selbst hinzuweisen, und das Weitere der Verständigung der Regierung mit dem Lande zu überlassen. Daß der Vorbehalt aller zur Herstellung der Uebereinstimmung mit anerkanntem Bundesrecht erforderlichen Änderungen ausgesprochen werden mußte, darüber wird Niemand in Zweifel sein; die Bundesversammlung kann nicht eine, auch nur provisorische Wiederherstellung anerkannt bundeswidriger Bestimmungen fordern, welche einmal faktisch außer Wirksamkeit gesetzt sind.“

Wer will nach dieser letzten Aeußerung noch behaupten, daß die Ausmerzung des Bundeswidrigen nicht der Wiederherstellung der Verfassung vorpergehen soll? Wer kann es wagen, das Wahlgesetz von 1849 noch fernerhin eine „offene Frage“ zu nennen?

Und als wäre es damit noch nicht genug, heißt es in einer andern Depesche des Grafen Bernstorff, die er einen Tag später abgefand hat: „Wir verhehlen unsern Wunsch nicht, daß die Entschei-

dung dieser offenen Frage durch eine Einigung der Regierung mit dem Lande zu Gunsten der Herstellung des Wahlgesetzes von 1831 ausfallen möge. Das Wahlgesetz von 1849 hat selbst in Hessen den Beifall der Befonnenen nicht gefunden.“ Diese offene Frage!

Das ist klar, man wollte die leidige Angelegenheit vom Halse haben. Und glücklich, daß Oesterreich, dem es nur auf die Sache ankommt, so gefällig war, Preußen fürs Erste den Schein eines „diplomatischen Sieges“ zu gestatten, meinte man, Niederlage und Rückzug noch mit der Glorie einer moralischen Eroberung umkleiden zu können. Was Wunder, daß diesem neuen Olmütz gegenüber der Kurfürst die verwegensten Trümpfe auspielt!

Die heftige Frage aber wird durch all solche Experimente nicht erledigt werden; sie bleibt unbeweglich auf derselben Stelle stehen, bis dem Rechte unverfürgt Genüge geschieht. (N. Z.)

Karlsruhe, 7. Mai. [Ihre Majestät die Königin von Preußen] ist heute Mittag mit dem Schnellzug, von Koblenz kommend, hier eingetroffen und im großherzoglichen Schloß abgestiegen. Allerhöchstdieselbe hatte sich, wie die „Karlsru. Z.“ meldet, allen offiziellen Empfang verboten und wird sich morgen nach Baden begeben.

Dehringen, 4. Mai. [Zuruf an die preuß. Wähler.] Bei der Anwesenheit des Abgeordneten Rüdinger in unserem Bezirk im vorigen Monat wurden in einigen Versammlungen Mittheilungen über die Angelegenheiten des weitem Vaterlandes, namentlich über die Bedeutung der politischen Kämpfe in Preußen, mit sichtlich Spannung der versammelten Wähler aufgenommen, der beantragte Zuruf an die preussischen Wähler einstimmig genehmigt, und sofort an Hrn. Schulze-Delitzsch in Berlin abgefertigt. Die von dem Vorsitzenden des dortigen Centralwahlcomite, Regierungsrath von Unruh, erfolgte Antwort veröffentlicht das hiesige Wochenblatt nun in Folgendem:

Unser gemeinschaftlicher Freund Schulze-Delitzsch hat Ihr Schreiben dem Centralwahlcomite der Fortschrittspartei übersendet, welches mich beauftragt, Ihnen die herzlichste Freude und den aufrichtigsten Dank auszusprechen, welche wir alle über die Zurufe der Versammlungen zu Dehringen, Neuenstein, Kupperzell und Besigheim empfunden haben. Nur wiederholen kann ich, was ich an Hölder schrieb: Wenn erst die Geister einig sind, werden auch die Weiber und Länder es werden. Wie das frühere spezifische Preußenthum, das sich nur auf sich selbst stützte, vor der großen Idee des freien und einigen Deutschlands, so zerirrt auch das Mißtrauen und die Abneigung des übrigen Deutschland vor uns Preußen. Laßt uns einig sein wollen, ehrlich und offen, und wir werden einig sein in Wahrheit und Wirklichkeit. Gewiß hat der größte Theil der Schuld an uns Preußen gelegen, aber wir sind jetzt auf gutem Wege, und der Händedruck aus Süden wird uns stärken in unserm Streben. Bei der heutigen Wahlmännernwahl hier in Berlin ist die Fortschrittspartei tüchtig fortgeschritten. Möge es im ganzen Lande so sein. Berlin, den 28. April 1862.

Italien.

Rom, 3. Mai. [Der Gesundheitszustand des Papstes.] Die aus einem wiener Blatte unlängst in die Tagespresse eingelaufenen falschen Nachrichten über Gesundheitszustände des heil. Vaters, wengleich schon anderweitig berichtigt, veranlassen mich, doch noch einmal darauf zurückzukommen. Ich kann versichern, daß der Paps zum Regime seiner italienischen Aerzte vollkommenes Vertrauen hegt, was in dessen gelegentliche Consultationen unseres erfahrenen Dr. Merz nicht ausschließt. Auch giebt es hier nicht wenige französische Aerzte von anerkanntem Verdienst; warum sollte sich Se. Heiligkeit an diesen und jenen jungen deutschen Militärarzt wenden, dessen Ruf und Verdienst vielleicht nicht über die Grenzen seines Bataillons hinausgeht? Das Fupleiden des Papstes ist in seinem jetzigen Stadium nichts weiter als ein gestörter Blutumlauf und zwar in Folge der Verengung und theilweisen Verhärtung des Venensystems, wie sie sich bei vorgerückterem Alter einzustellen pflegt. Pius IX. legt am 13. d. M. das 70. Lebensjahr zurück. Sein Befinden aber ist dormalen in jeder Beziehung erfreulich. General Goyon war bereits zweimal in Porto d'Anzio, die königl. Familie von Neapel besuchte ihn am Mittwoch. Der König, der einen Tag länger blieb als die Uebrigen seines Hauses, war viel mit Sr. Heiligkeit allein. Diesen Nachmittage kehrt Se. Heiligkeit zur Stadt zurück. Von den vielen legitimistischen Familien, welche zur Dierzeit herkam, machten sich die meisten auf und andere folgen ihnen täglich nach Venedig, um dem Grafen Chambord ihre Huldigungen darzubringen. — Der Bischof von Mainz, Herr v. Ketteler, ist eingetroffen und wohnt im Hospiz der deutschen Anima.

Neapel, 3. Mai. [Bei dem vorgestrigen Empfange der Notabilitäten und der hier anwesenden Deputirten und Senatoren] sprach der König mit den letzteren besonders über die Lage der neapolitanischen Provinzen, wobei er die dringende Nothwendigkeit schleuniger Maßregeln anerkannte. Er beauftragte sie zu gleicher Zeit, dem neapolitanischen Volke, das er seit seiner letzten Anwesenheit um Vieles vorangeschritten gefunden habe, für seinen feierlichen Empfang seinen herzlichsten Dank auszudrücken. Er bemerkte ihnen ferner, daß zu seinem Bedauern die öffentlichen Arbeiten auf demselben Standpunkte geblieben seien, wie er sie damals bei seiner Abreise gelassen habe, daß man viele Worte gemacht, aber nur wenig gehandelt habe. In Bezug auf die Unsicherheit in den neapolitanischen Provinzen, auf welche einer der Deputirten die Aufmerksamkeit des Königs lenkte, äußerte er, daß sie einzig von Rom herrühre, während jede Ruhestörung im Innern nach der Besiznahme von Rom als Hauptstadt Italiens von selbst aufhöre. Die römische Frage mache täglich Fortschritte, und daß, wenn die Italiener ungeduldig seien, nach Rom zu gehen, die Franzosen nicht minder ungeduldig seien, die Besetzung Roms aufzuheben. Die große Majorität der öffentlichen Meinung in Europa sei jetzt offenbar der italienischen Sache günstig. Mit dem Commandanten der Nationalgarde sprach er in der schmeichelhaftesten Weise über die militärische Haltung der Nationalgarde und wiederholte die von Ciadini und Lamarmora ausgesprochenen Worte, daß sie die erste von ganz Italien sei. Letzterer wurden auch bereits sowohl von dem Ober-Bürgermeister als von dem Commandanten derselben die von dem König gemachten Lobeserhebungen in einem Tagesbefehle mitgetheilt. Nächsten Sonntag wird der König eine Revue über die ganze Nationalgarde abhalten, bei welcher Gelegenheit er die den 12 Bataillonen bereits zuerkannte Medaille der Bürger-Tapferkeit austheilen wird. Victor Emanuel gewinnt täglich an Popularität. Auf seinen Spazierfahrten, bei seinen Besuchen in den öffentlichen Anstalten zeigte er sich in gewöhnlicher Tischkleidung und wird immer von einer Schaar Lazzaroni begleitet, die ihm unter Triumphgeschrei das Geleit geben. Nicht weniger wird er von den arbeitsscheuen Neapolitanern mit Bittschriften besüßigt, die meistens auf irgend eine Anstellung oder Pension absehen. Gestern Morgen begab sich der König nach dem königlichen Landstze Caserta, wo er von der National-

garde des Ortes so wie der umliegenden Ortschaften und von einer großen Anzahl Volkes unter stümischem Beifall empfangen wurde. — Der am 1. Mai stattgefundenen Eröffnung des neu organisierten Cassationshofes wohnten der Minister-Präsident Rattazzi und der Justiz-Minister Conforti bei. Der Präsident des Hofes, sowie der General-Procurator lasen beide eine entsprechende Eröffnungsrede. — Am demselben Tage feierte der hiesige Aerzte-Verein, der sich bereits seit einiger Zeit hier gebildet hat, unter Reden, Gesang und Musik die Ankunft des Königs. Mehr als 150 Aerzte nahmen an diesem heiteren Feste Theil. (R. 3.)

Belgien.

Brüssel, 7. Mai. [Der Gesundheitszustand des Königs.] Die telegraphische Meldung, welche ich Ihnen heute Nachmittag in Betreff der im Befinden des Königs eingetretenen leichten Besserung übermachte, war, wie ich Grund zu glauben habe, mit der von hier aus an die belgischen Gesandten im Auslande amtlich ergangenen ziemlich übereinstimmend. Die erwähnte Besserung, auf welche die plötzlich eingetretene Abkühlung des Wetters nicht ohne Einfluß gewesen, hat den Tag über angehalten. Das Fieber hat nachgelassen und der Kranke athmet leichter. Der gegenwärtige Zustand, ohne daß man ihn beruhigend nennen dürfte, ist doch immerhin günstiger als gestern. Dr. Civiale, der nach Paris zurückgekehrt war, ist heute wieder in Laeken eingetroffen. Neben diesem Arzte theilen sich unser Landmann, der Leibmedicus Dr. Köpfl, und der Dr. Kimmel (für die Schreibung dieses Namens kann ich nicht einstehen) aus London in die Behandlung. — Wie telegraphisch hierher berichtet worden, hat der Herzog von Brabant gestern um 3 Uhr Nachmittags Sevilla verlassen. (R. 3.)

Großbritannien.

London, 7. Mai. [Ueber den preussischen Verfassungskampf] schreibt heute die „Times“: „Schon seit langer Zeit haben einige der weisesten Politiker Europa's dem Tage entgegengeesehen, wo in Preußen der Constitutionalismus erheben werde. Dem Tage, wo das Volk dieser formlosen und schlecht zusammengefühten Monarchie sich für die allen ihren Provinzen gemeinsamen Angelegenheiten interessieren und lernen würde, die Würde eines nationalen Lebens und die Freude an einer regelmäßigen politischen Thätigkeit nicht bloß zu verstehen, sondern auch zu fühlen, hat man in Europa als einer Aera von großer Wichtigkeit entgegengehabt. Diese Zeit, das dürfen wir zuversichtlich sagen, ist jetzt da. Alles, was wir in den letzten paar Jahren aus Berlin vernommen haben, deutet darauf hin, daß der in jedem Staate dem Volke zugehörige constitutionelle Freiheit vorhergehende Kampf zwischen den Ueberlieferungen der Gewalt und dem Volkswillen jetzt in Preußen begonnen hat, und daß es kaum einem Zweifel unterliegt, welcher Seite der Sieg verbleiben wird. Bekanntlich ward die Kammer vor Kurzem wegen ihrer regierungsfeindlichen Abstimmungen und der Antipathie, welche die Abgeordneten gegen die Vorseuerungspläne der Minister bezeugten, aufgelöst. Man kann nicht gerade von den Ministern sagen, sie seien ganz und gar anti-liberal. Im Gegentheil, der Finanz-Minister und einer oder der andere seiner Collegen scheinen geneigt zu sein, den Wünschen des Volkes Zugeständnisse zu machen. Der vor einiger Zeit in die Öffentlichkeit gelangte Brief des Herrn v. d. Seydt zeigte, wie sehr die Minister hinsichtlich der Wahlen besorgt und wie sie überzeugt waren, daß sie nur dann in dem neuen Abgeordnetenhaufe eine Mehrheit erlangen könnten, wenn sie die gerechten Forderungen des Volkes in Bezug auf die Beseitigung einiger der schlimmsten Steuern befriedigten. Da nun aber kein Steuernachlaß möglich war, ohne eine Reduktion im Heere, so war das Cabinet bereit, selbst hierin den Neigungen des Königs und den Interessen des Soldatenstandes entgegenzutreten. Wäre auch nichts mehr durch die Wahlen gewonnen worden, als diese halbe Unterwerfung der regierenden Partei, so würde das schon ein großer Sieg gewesen sein. Hätte das gegenwärtige Ministerium, welches nicht retrograd, sondern bloß langsam und obstruktiv ist, unter der Bedingung, zu einer Armee-Reduktion zu raten, eine Mehrheit erlangt, so wäre das ein constitutioneller Triumph gewesen, in so fern nämlich der König genöthigt gewesen sein würde, nach dem Rathe seines Cabinets zu handeln, auf welches selbst hinwiederum die freie Thätigkeit einer aus dem Volke hervorgegangenen Versammlung ihren Einfluß ausüben hätte. Allein die Auflösung hat weit mehr als das gethan, sie hat das preuß. Volk dazu aufgeweckt, seine bürgerlichen Rechte energisch geltend zu machen. In ganz Preußen hat die liberale Partei gesiegt. Wenn die Minister am Ruder bleiben wollen, so müssen sie alles aufgeben, was sie mit ihrer alten Partei verbindet und sie ihrem Herrscher lieb und werth macht. Der einzige andere Weg, dem Volkswillen Widerstand zu leisten, würde darin bestehen, daß sie die königliche Prorogative zu Hilfe riefen und sich überhaupt um das Parlament nicht kümmern. Aber die Tage der Strafford, ja selbst der Polignac sind vorüber, und wäre es anders, so möchten wir bezweifeln, ob irgend ein preussischer Jurist oder Beamter den Muth hätte, ein so kühnes Spiel zu spielen. Das neue Verfahren der Minister war — die Gerechtigkeit müßen wir ihnen widerfahren lassen — eben so constitutionell, wie das ihrer Brüder in England und Frankreich. Sie haben nach der Manier von Downing Street um die Volksgunst gebuhlt und die Staatsmaschine zu Wahlzwecken mit aller Kraft eines französischen Ministers des Innern arbeiten lassen. Ja: in Bezug auf das letztere Mittel sind sie noch weit über das ihnen von Frankreich gegebene Beispiel hinausgegangen. Die Unzahl hoher und niedriger Beamten macht es der Regierung möglich, ihren Einfluß in jedem Dorfe, jedem Häuflein von Freunden, ja, beinahe in jedem Hause fühlbar zu machen. In allen Theilen des Landes hat, wie wir hören, die Regierung ihre bedoldeuten Untergebenen nach Kräften benützt, um dem Volke die Nothwendigkeit recht eindringlich einzutranken, „gemäßigte“ Männer zu wählen, welche das glorreiche alte Preußen der Vergangenheit aufrecht erhalten, die von dem Könige bei seiner Krönung ausgesprochenen edeln Grundzüge zur Wahrheit machen und jeder schmutzigen Knauerei in der Verwaltung, sowie allen revolutionären Sympathien in der Politik fremd sind. Aber diese Wahlmanöver von oben herab sind aus glänzender Geheißertheit. Seltsam, daß, was in dem leicht erregbaren Frankreich einem Kaiser, ja, selbst einem republikanischen Ausführe mit Leichtigkeit gelingt, bei einem so plegmatischen und ruhigen Volke, wie die Preußen, die Kräfte einer legitimen und im Ganzen gedachten Regierung übersteigt. Obgleich sie ihrem Könige aufrichtig zugethan und mit ihren politischen Zuständen gar nicht besonders unzufrieden sind, und obgleich sie mit einer uns unbegreiflichen Verehrung auf Alles, was Beamter heißt, blicken und sich bei gewöhnlichen Gelegenheiten dem Willen der Beamten fügen, so hat doch offenbar bei den Wahlen überall ein standhafter Widerstand gegen die ministeriellen Gebote sich kund gegeben.“ Nachdem die „Times“ sich hierauf gegen das in Preußen herrschende Militär-Regiment ausgesprochen, fährt sie fort: „Wenn es den Preußen wirklich gelungen sein wird, das System zu stürzen, welches ihren Einrichtungen etwas von dem Geiste der russischen Civilisation eingebracht hat, so werden sie mehr für die Größe Preußens gethan haben, als wenn sie Heere auf den Beinen gehalten hätten, die im Stande gewesen wären, sich mit zwei Mächten ersten Ranges zu gleicher Zeit zu schlagen. Wenn Preußen in seiner Politik und Verwaltung liberal wird, so wird Deutschland unvorderstlich zu ihm als seinem natürlichen Schwerpunkt hingezogen werden und Preußen wird ganz von selbst eine Macht, die sich mit jeder anderen auf dem Festlande messen kann.“

[Zur Ausstellung.] An zahlreichem Zuspruch in der Ausstellung hat es gestern nicht gefehlt, doch bestanden die Besucher meist aus Besuchern von Saisonkarten, und somit war die Einnahme nicht von Belang. Die Wenigsten fühlen sich nämlich bewegen, 5 Schill. Eintritt zu zahlen, so lange die einzelnen Abtheilungen sich im chaotischen Zustande befinden. Die österreichische Abtheilungen läßt Niemand in ihre Räume, um die Aufstellung ihrer Artikel ungehindert vollenden zu können; von der Türkei sind vorerst nur die Kisten zu sehen, mit deren Füllung erst gestern begonnen wurde; Frankreich ist in voller Thätigkeit, aber noch lange nicht fertig; der Zollverein hat auch noch manches zu vervollständigen, und gehämmert wird in allen Ecken und Enden.

Rußland.

Warschau, 9. Mai. [Unruhen in den Kasernen.] Vergangene Nacht haben sich in der sogenannten Artillerie-Kaserne mehrere Soldaten gegen einige Offiziere vergriffen und sie mißhandelt. Diesen Offizieren wurde vorgeworfen, daß sie zu denjenigen gehören, die als Spione in der ganzen Armee vertheilt sind, und daß sie Anhänger derjenigen Personen sind, die einer besseren Beköstigung und Behandlung der Soldaten entgegen stehen. Es sind aus dieser Ver-

anlassung einige Abtheilungen Kosaken in die Artilleriekaserne verlegt und über die Sache selbst eine Untersuchung eingeleitet. — Man erzählt sich übrigens schon seit einiger Zeit, daß in den polnischen Garnisonen bedeutende Fälle vorkommen, welche Verhaftungen und Verurtheilungen von Offizieren veranlassen. So viel ist gewiß, daß die Töne der „Glocke“ Herzens in der Armee einen starken Wiederhall finden, und daß dessen Ideen in allen Graden des Militärs viele Anhänger haben.

Wien.

Bombai, 12. April. Lord Elgin hat von verschiedenen Körperschaften in Bengalen Willkommens-Adressen erhalten und sich überhaupt eines günstigen Empfanges zu erfreuen gehabt. An der Nordost-Grenze haben sich die Dinge wieder friedlicher gestaltet; im Nordwesten jedoch haben die Murris Greife begangen und die Behörden von Scinde haben Schritte gethan, um den Chan von Chelat wegen des von seinen Unterthanen verübten Unfugs zur Verantwortung zu ziehen. Die Gegend zwischen Canpur und Dschubulpur wird durch Straßenräuber unsicher gemacht, an deren Spitze ein Engländer steht. Ueberhaupt fürchtet man allerlei Böses von europäischem Geinadel, das sich dort herumtreibt. Die Eisenbahn von Allahabad nach Agra ward am 1. April eröffnet und die Pendschab-Bahn zwischen Lahur und Umritsir sollte am 10. April dem Verkehre erschlossen werden. Der Nizam des Dekkan hat, wie man hört, den ihm von der Königin verliehenen indischen Orden bisher noch gar nicht getragen, weil er die religiösen Gefühle seiner mohamedanischen Unterthanen zu verletzen fürchtet. Die indische Regierung hat den Radischab von Meisur auf sein Gesuch um Rückgabe seines Landes abschlägig bekehden. Der Ober-Befehlshaber des indischen Heeres ist nebst seinem Stabe am 3. April in Simla angekommen. — In Buna herrscht die Cholera; in Bombai ist der Gesundheitszustand befriedigend. (R. 3.)

Breslau, 10. Mai. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: auf der Kupfer- schmiedestraße einem fünfjährigen Mädchen durch eine ungekannte Frauens- person ein Paar goldene Knöpfchen-Ohrringe mit rothen Perlen; einer Dame, während dieselbe in einem auf der Schneidniger-Straße belegenen Verkaufsgewölbe Einkäufe machte, ein Portemonnaie mit circa 13 Thalern Inhalt; in der Maria-Magdalenen-Kirche einem Mädchen aus der Tasche seines Kleides ein graues Portemonnaie mit Stahlschloß und sechs bis sieben Thaler Inhalt. Gestohlen oder verloren wurde: eine goldene Spindeluhr mit Kapsel und silbernem Zifferblatt. Verloren wurden: eine hellbraune leberne Cigarrentasche und eine roth- gestreifte Drillich-Unterjade. Gefunden wurden: ein Hundemaulkorb mit der Steuermark Nr. 762 versehen.

[Feuer.] Am 8ten d. Mts., Nachmittags gegen 4 Uhr, entstand in dem Bodenraum eines Seitenhäuschens auf dem Grundstück Nr. 3 der Vorderbleiche Feuer, welches in kurzer Zeit den Dachstuhl zerstörte. Ein Weitergreifen des Feuers, das durch die Unvorsichtigkeit des Seilergefelten B. seine Entstehung gefunden, wurde durch die herbeigekommene Feuerwehr verhindert. B., welcher während seiner Beschäftigung auf dem Bodenraume ein brennendes Streichhölzchen in das dort verwahrte Bergbalt fallen lassen, erlitt, indem er sich vergeblich bemühte, mit den Händen das Feuer zu erdrücken, so erhebliche Brandverletzungen, daß seine Unterbringung im Hospital erfolgen mußte. Angeworfen: Se. Excellenz Staatsminister und Minister des königlichen Hauses, Freiherr von Schleinig, und Ministerialrath Ritter Krug von Nidda aus Berlin. (Pol.-Bl.)

Breslau, 9. Mai. [Handwerker-Verein.] Herr Assessor Mehrländer sprach am gestrigen Abend über das Wechselrecht und erläuterte auch einer kurzen Einleitung über die Geschichte der Wechsel, die wesentlichsten Grundbedingungen eines Wechsels, die Wechselfähigkeit und die verschiede- nen Punkte der Handels- und Wechselgesetzgebung. Hierauf wurde zur Beantwortung der Fragen übergegangen.

** Sagan, 9. Mai. Heute ist S. k. Hoh. die Frau Prinzess Karl auf dem herzoglichen Schlosse angekommen.

Breslauer Stenografie.

Table with 4 columns: Date, Price, Change, and Location. Rows for 9. Mai 10 U. Abds. and 10. Mai 6 U. Morg.

Literarische Notizen.

„Die Verfassungsurkunde für den preussischen Staat sammt den Wahlgesetzen zur Bildung des Hauses der Abgeordneten“ (Preis 5 Sgr.) und „die verfassungsmäßigen preussischen Wahlgesetze zur Bildung des Hauses der Abgeordneten“ (Preis 2 1/2 Sgr.), beide im niedlichen Westentafchenformat in Nolke's Selbstverlage (Berlin, Wilhelmstr. 44) erschienenen Heften erfüllen bei dem immer mehr fortschreitenden constitutionellen Leben in Preußen ein wesentliches Bedürfnis. Von der preussischen Verfassungsurkunde ist sehr bald eine zweite Auflage nöthig geworden. Dieselbe unterscheidet sich von der ersten hauptsächlich dadurch, daß sie in Begleitung des Vorwortes die „eidlichen Gelöbnisse der ersten beiden constitutionellen Könige von Preußen sammt der Eidesformel für die Landtagsmit- glieder und Staatsbeamten“, ferner in Verbindung mit dem vollständig gegebenen „Gesetz-Verzeichniß zur Verfassungs-Urkunde“ auch den ursprünglichen Wortlaut der abgeänderten Artikel der letzteren und als Anhang die verfassungsmäßigen Wahlgesetze und den Erlaß des Staatsministeriums, betreffend die Auslegung des Begriffs der „staatsbürgerlichen Selbständig- keit“ mit enthält. Wir empfehlen das Büchlein, das in keinem Bureau, auf seinem Arbeitstische fehlen sollte, mit dem Motto des Herausgebers: „Die Verbreitung der Verfassungs-Urkunde ist bei der leider noch sehr verbreiteten Verfassungs-Unkunde die beste Agitation für den Fortschritt auf verfassungsmäßigem Wege.“

* Seit Anfang April erscheint in Stuttgart in der königl. Hofbuchdruck- rei Zu-Gutenberg ein „Süddeutsches Sonntagsblatt für deutsche Bildung und Literatur“ von Dr. J. Gibr. Dasselbe unterscheidet sich vor ähnlichen Heften, die einer massenhaften Abonnentenzahl zu Liebe gerade die wichtigsten Bildungsfragen umgeben und den Lesern weder Ernst des Denkens noch Streben nach Wahrheit zutrauen, dadurch, daß es seine Aufgabe auf durchaus bestimmte Weise faßt, daß es Charakter hat und für charaktervolle Bildung zu wirken strebt. Wir empfehlen das genannte Blatt allen denen, welchen die Beschäftigung mit den Bildungsfragen unserer Zeit ein Weg zum Ziele ihrer Menschenbestimmung ist. Der Preis desselben beträgt monatlich bloß 4 Sgr.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Table with multiple columns listing telegraphic rates and stock prices for various locations like Paris, London, Hamburg, and Vienna.

London, 9. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen un- thätig, fremder Hafer, Gerste billiger, Hafer theilweise höher, Regen. Amsterdam, 9. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen stille. Roggen, preussischer 5 Fl. niedriger, Termine unverändert. Raps October 75. Rübböl Herbst 43 1/2.

Berlin, 9. Mai. Die Börse war heute von vornherein mißgestimmt, Neben großer Trägheit des Geschäftes fehlte es nicht an Auerbietungen in allen Effectengattungen zu herabgesetzten Courfen, und nur in den seltensten Fällen ließ sich dadurch die Kauflust soweit anregen, daß daraus reele Ver- schüsse resultirten. Ueber den Grund der faulen Haltung courfirten die ver- schiedenartigsten Ansichten, die zur Erklärung derselben herbeigeführt wurden; eine wirkliche Veranlassung blieb unbekannt. Bald sollten es die Besorgnisse vor neuen Verwickelungen in Italien, bald die inneren preussischen Zustände sein, die dem geschäftlichen Verkehre das hervortretende malcontente Gepräge aufgedrückt, man sprach fälschlich vom Tode des Königs der Belgier, und führte Verkäufe in schlesischen Devisen und österreichischen Effecten auf ein Breslauer Saeculations-Geschäft zurück, das zu Realisirungen dränge. Schließ- lich wurde auch dem Geldbedarf für die neue russische Anleihe kein kleiner Theil der Schuld beigemessen. Lassen wir all diese Erklärungen bei Seite, so haben wir nur als factisch zu erwähnen, daß sich am Schluß der letzten halben Stunde der Geschäftszeit, namentlich in österreich. Credit- und Eisenbahn-Aktien, vor allen in oberösterreich, einige Regsamkeit zeigte, die den Börsenschluß als durchaus fest hätte erscheinen lassen, wenn nicht ein um dieselbe Zeit eintretender Regenschauer die Börse vor Beendigung zur voll- ständigsten Auflösung (wie das die Natur des interimistischen Lokals immer mit sich bringt) führte. Der Geldmarkt blieb steif. (V. u. S. 3.)

Berliner Börse vom 9. Mai 1862.

Table with columns for Div. Z., F., and various stock prices under the heading 'Fonds- und Geldcourse'.

Table with columns for Div. Z., F., and various stock prices under the heading 'Ausländische Fonds'.

Table with columns for Div. Z., F., and various stock prices under the heading 'Actien-Course'.

Table with columns for Div. Z., F., and various stock prices under the heading 'Wechsel-Course'.

Berlin, 9. Mai. Weizen loco 65-80 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco fein gelber schlesischer 51 1/2 Thlr. ab Bahn bez., untergeord- neter 51 1/2 Thlr., 82-83 1/2 Thlr. ab Bahn bez., schwimmend mehrere Ladungen mit 1/2-3/4 Thlr. Aufgeld gegen Frühjahr getauft, Frühjahr 51 1/2-51 3/4 Thlr. bez., Mai-Juni 50 1/2-50 3/4 Thlr. bez. u. Gld., 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli 49 1/2-49 3/4 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Gld., Juli-August 49 1/2-49 3/4 Thlr. bez., Aug.-Septbr. 49-48 1/2 Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 48 1/2-48 1/4 Thlr. bez. und Gld., 1/2 Thlr. Br. — Gerste, große und kleine, 34-38 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 24-26 Thlr., schlesischer 24 1/2-27 Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Frühjahr 25 1/2-1/4 Thlr. bez., Mai-Juni 24 1/2 Thlr. bez., Juni-Juli 24 Thlr. bez., Juli-Aug. dito, Aug.-Sept. 24 1/2 Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 49-57 Thlr. — Rübböl loco 13 1/2 Thlr. Br., Mai und Mai-Juni 13 1/2-1/4 Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 13 1/2-1/4 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Gld., Juli-Aug. 13 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 13 1/2-1/4 Thlr. bez. und Gld., 13 1/2 Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 13 1/2 Thlr. bez. — Leinöl loco 13 1/2 Thlr., Lieferung 12 1/2 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 17 1/2-1/4 Thlr. bez., Mai und Mai-Juni 16 1/2-17 Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 17 1/2-1/4 Thlr. bez., 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Gld., Juli-Aug. 17 1/2-1/4 Thlr. bez., 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Gld., Aug.-Septbr. 17 1/2 Thlr. bez., Br. und Gld., Sept.-Oktbr. 17 1/2 Thlr. bez. und Gld., 1/2 Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 17 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Gld. Weizen vernachlässigt. Roggen disponibel war besonders in den besse- ren Sorten wenig offerirt, geringere dagegen mehr angeboten und etwas billiger verkauft. Termine eröffneten zu den gestrigen Schlusscourfen, mußte aber durch überwiegendes Angebot im Werthe nachgeben, schließen matt ge- halten. Gefündigt 3000 Ctr. Hafer matter. Rübböl begegnete anfänglich guter Frage, schließt aber bei sehr mäßigem Handel etwas niedriger. Pro Herbst ziemlich behauptet. Spiritus war anfänglich vernachlässigt, fand aber im Verlaufe mehr Beachtung und schließt gegen gestern ohne wesent- liche Aenderung. Gefündigt 10,000 Quart.

Breslau, 10. Mai. Wind: Süd-West. Wetter: des Nachts an- haltender Gewitterregen. Thermometer Früh 11°. Wärme. Der Geschäfts- verkehr war am heutigen Markte wenig verändert. Weizen zeigte sich in den Preisen behauptet, feinste Waare gefragt, pr. 85 Pfd. weißer 70-82 Sgr., gelber 70-81 Sgr. — Roggen rubig; pr. 84 Pfd. 54-56-58-60 Sgr. — Gerste preisbehaltend; pr. 70 Pfd. 35-36 Sgr. — Hafer beachtet; pr. 50 Pfd. schlesischer 25-27 Sgr. — Erb- sen still. — Widen vernachlässigt. — Bohnen ohne Frage. — Delsaa- ten wenig Geschäft. — Schlaglein schwacher Umsatz. Sgr. pr. Schff.

Weißer Weizen 70-78-84 Erbsen 45-50-56 Gelber Weizen 70-77-83 Widen 35-39-42 Geringer u. blaupigiger 62-68 Sgr. pr. Saß à 150 Pfd. Brutto. Roggen 54-57-60 Schlaglein saß 150-180-200 Gerste 35-37-39 Winteraps 200-205-220 Hafer 23-25-29 Sommerapsen 170-190-205 Kleefaat beschränkter Umsatz; rothe 6-9-10-11-12 1/2 Thlr., weiß 6-9-10-11-12 1/2-17 1/2 Thlr. Thymottee vernachlässigt, 5-6 1/2-8 Thlr. pr. Ctr. — Kartoffeln pr. Saß à 150 Pfd. netto 21-24 Sgr., pr. Meße —

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau. Druck von Graf, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.